

Nicht Nostalgie, sondern Aufklärung

Die DDR in der deutschen politischen Bildung

Peter März

Mit Zeitgeschichte, namentlich mit Diktaturgeschichte, wird nicht eine beliebige Vergangenheit transportiert, die gegebenenfalls auch noch, da nur irgendwie exemplarisch, austauschbar wäre wie die Verfassung des antiken Athen und die Verfassung der Römischen Republik – wobei allerdings selbst dieses Beispiel zeigt, daß Geschichte niemals vollständig austauschbar ist.

Die Geschichte der DDR und der Umgang mit ihr präsentieren sich mit einer großen Bandbreite. Sie reicht von einer eher klassisch zurückgenommenen wissenschaftlichen Aufarbeitung bis zum förmlichen Hineinragen in die Bereiche nicht nur der Auseinandersetzungen um Deutungskultur, sondern der Tagespolitik unmittelbar selbst. Zuletzt hat sich das bei den Kontroversen mit führenden Exponenten der Partei „Die Linke“ gezeigt hinsichtlich der Erklärungen über den Umgang mit dem Bau der Berliner Mauer vor fünfzig Jahren.

Grundsätzlich ist von zwei zeitlichen Marken auszugehen: Einmal vom Stand der wissenschaftlichen, der politischen und der pädagogischen Befassung mit dem Thema DDR, wie er bis zur Zäsur der Jahre 1989/90 erreicht war, und sodann von den bislang etwas mehr als zwei Folgejahrzehnten, in denen das Thema DDR Gegenstand der zeitgeschichtlichen und der geschichtspolitischen Aufarbeitung bzw. Befassung war. Natürlich können die folgenden Einblicke und Überlegungen nur ganz cursorischer und fragmentarischer Natur sein; sie beanspruchen keinerlei systematischen Charakter. Und der Stand der DDR-Forschung beim Kollaps ihres Objektes ist hier naturgemäß nicht auf der inhaltlich-wissenschaftlichen Seite zu reflektieren. Bemerkenswert ist aber jedenfalls, daß sich die einzelnen Richtungen und deren Kernannahmen auch im Vorgehen der Kultusbürokratien, der Lehrpläne, der politischen Bildung in ihren Angeboten deutlich unterschiedlich, ja gegensätzlich niederschlugen, wobei es zugleich aber, ausgehend vom heutigen Erkenntnisstand, einige verblüffende Parallelen gab. Ich beziehe mich hier vergleichend zum einen auf das vor allem in der Tradition der seit Mitte der sechziger Jahre dominierenden sogenannten systemimmanenten DDR-Forschung stehende, auch von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene *Deutschland-Handbuch*, dessen letzte einschlägige Auflage aus dem Jahr 1989 stammt¹. Systemimmanent heißt: Systemvergleich nicht anhand normativer Vorgaben, etwa „freiheitlich-demokratisch“, sondern anhand selbst proklamierter Vorgaben der jeweiligen Staatsordnung. Auf der anderen Seite steht in meiner Wahrnehmung das Arbeitsheft A 39 der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit *DDR. Das politische und wirtschaftliche System* in der siebten Auflage aus dem Jahr 1988, so daß soeben noch der Honecker-Besuch von September 1987 in der Bundesrepublik berücksichtigt werden konnte.²

Bevor ich auf die deutlichen normativen Diskrepanzen zwischen beiden Titeln zu sprechen komme – normativ heißt in den systembezogenen Grund- und Wertannah-

1 Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.): *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1989. Verlag Hanser, München 1989.

2 Rausch, Heinz (Koordination): *DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System*. Hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, siebte Auflage. München 1988.

men einschließlich sozialphilosophischer und anthropologischer Voraussetzungen –, will ich kurz schildern, daß es zwischen beiden Werken trotz aller Diskrepanzen auch bemerkenswerte Analogien gibt, die dem heutigen Leser sofort befremdlich ins Auge fallen: Beide behandeln nicht den Sicherheits- bzw. Repressionsapparat und auch nicht bzw. nahezu nicht die militärischen Apparate im unmittelbaren Sinne. Aus mangelnder Forschungskennntnis läßt sich dieses heute so offenkundige Defizit allenfalls zum kleinsten Teil begründen: Die Entwicklung der streitbaren Demokratie der Bundesrepublik mit ihren Instrumenten hätte Ende der achtziger Jahre eigentlich allgemein geläufig sein müssen. Daß die marxistisch-leninistischen Systeme über spezielle Repressionsapparate verfügten, war auch ohne vielfache Binnenkenntnisse damals bereits Allgemeingut und im Hinblick auf die DDR zumindest durch die Forschungen von Karl Wilhelm Fricke durchaus deutlich greifbar. Die zweite Analogie betrifft das ökonomische Profil und den ökonomischen Output der DDR, insbesondere im Vergleich mit der Bundesrepublik. Im Band von Weidenfeld und Zimmermann ist von deutlich gestiegener Wirtschaftskraft in der DDR und allgemein großen Erfolgen bei Einkommen und privater Konsumtion die Rede³, zugleich wird eine „offene Diskussion“ hinsichtlich der mit Wirtschaftswachstum einhergehenden ökologischen Belastungen angemahnt. Hier verbindet sich die postmateriell-ökologische Betrachtungsweise in großen Teilen der tonangebenden Milieus der alten Bundesrepublik bereits Ende der achtziger Jahre mit den Überzeugungen der systemimmanenten DDR-Forschung, eine intensivere wie transparentere Diskurssituation in der DDR sei sozusagen durchaus möglich (gewesen).

Auch die bayerische Darstellung von 1988 referiert Daten und Annahmen, die im Lichte unserer heutigen Kenntnis der seinerzeitigen DDR-Volkswirtschaft eigenartig, ja kurios anmuten. Die Produktivität je Arbeitsplatz in der Industrie liege nur um ein Drittel hinter der in der Bundesrepublik zurück⁴, die Wirtschaftskraft pro Kopf und Jahr in Dollar betrage in der Bundesrepublik 14 190, in der DDR 10 440 Dollar.⁵ Letztere erschien damit auf dem Niveau zwischen Großbritannien und den Niederlanden und deutlich vor Italien. Es sei dahingestellt, ob es auch noch in dieser Endphase der DDR wirklich unabweisbar war, Zahlen und Fakten für die politische Bildung auf einem Niveau aufzubereiten, das die DDR-internen Vorgaben, und damit, wie heute Allgemeingut ist, Propaganda, Verzerrungen und Verfälschungen, einfach weitertransportierte. Wichtiger ist aber jedenfalls die Frage, ob es in den vergangenen zwanzig Jahren gelungen ist, das Bild von einer blühenden DDR auf dem Niveau zwischen Birmingham und Amsterdam durch die tatsächlichen Fakten von damals zu konterkarieren. Dies ist wichtig, weil es für den so mühsamen und aufwendigen Prozeß des ökonomischen Umbaus in den neuen Ländern ja gar keine substantielle sachliche Begründung gäbe, hätten sich diese wirklich auf einem damals durchschnittlich westeuropäischen Niveau befunden. Hier setzen aber auch die bekannten Prozesse der Verbrämung und Glorifizierung ein, die Gegenstand der aktuellen geschichtspolitischen und pädagogischen Auseinandersetzungen sind.

Wie schon angedeutet, ergeben sich die eigentlichen Unterschiede zwischen den beiden Publikationen aus den politischen Kernannahmen. Im bayerischen Angebot wer-

3 Schwartau, Cord/Vortmann, Heinz: Die materiellen Lebensbedingungen in der DDR. In: Weidenfeld/ Zimmermann: Deutschland-Handbuch, S. 292–307, hier S. 306.

4 Bröll, Werner: Das sozialistische Wirtschaftssystem. In: Rausch: DDR, S. 17–241, hier S. 191.

5 Schaubild, ebd., S. 206.

den die Wesenselemente des DDR-Systems aus den ideologischen, marxistisch-leninistischen Axiomen abgeleitet. Insofern kommt es auch zu einer klaren Darstellung der Monokratie der SED, des in ihr waltenden hierarchischen sogenannten demokratischen Zentralismus', des ideologischen Freund-Feind-Denkens, das nicht nur die Systemkonkurrenz zur Bundesrepublik bestimmte, sondern alle öffentlichen Bereiche und deren Grundlagen beherrschte, begonnen bei den nur instrumentell zu verstehenden Grundrechten. Auch um die Totalitarismusformel wird kein Bogen gemacht. Insofern könnte manches von dem, was dieses Buch enthält, reflektiert mit neuer Literatur, auch derzeit noch annähernd Bestand haben, wenn sich auch, zumal in einer bayerischen Publikation, der folgende Absatz heute bemerkenswert kurios liest:

„Daß im Bereich des Schulwesens, der Berufsausbildung und der Emanzipation der Frau einschließlich der beruflichen Gleichstellung die DDR die Bundesrepublik übertroffen hat, ist trotz der schmalen Quellenbasis insbesondere im sozio-kulturellen Bereich unbestritten. Auch von der zentralen Planwirtschaft her hat sich in der DDR früher als in der Bundesrepublik die Erkenntnis durchgesetzt, daß komplizierte Prozesse einer hochentwickelten Industriegesellschaft und Volkswirtschaft gesteuert werden müssen [...]“.⁶ Vorzüge staatlicher Planwirtschaft in bayerischer Bewertung von 1989!

Das *Deutschland-Handbuch* von Weidenfeld und Zimmermann geht in der Darstellung des politischen Systems gänzlich andere Wege; bemerkenswert für Priorisierungen ist schon die Gliederung: Gesellschaft geht vor Politik, den politischen Systemen sind nur rund zehn Prozent des Buchvolumens gewidmet.

Dahinter verbirgt sich aber eine auch für die heutigen einschlägigen Auseinandersetzungen bedeutungsvolle konzeptionelle Vorwegentscheidung: Wenn das politische System der DDR samt seinen ideologischen Prämissen nicht als dominant und handlungsbestimmend auch für das gesellschaftliche Gesamtsystem dargestellt und gewürdigt wird, wird der Diktaturcharakter dieses Staates unweigerlich relativiert. Man landet dann auf dem Niveau des sogenannten Nischendiskurses, überall habe es doch autonome Bezirke individuellen, familiären, gesellschaftlichen Lebens gegeben – und genau diese Halbwahrheit ist naturgemäß prekär. Schließlich wäre es absurd, in Frage zu stellen, daß Menschen in der alten Bundesrepublik wie in der DDR gleichermaßen einsam waren oder geliebt wurden, bevorzugt Bücher lasen oder Sport trieben. Das alles ist zutreffend, aber es ist nachrangig. Denn – das scheint in den Fachwissenschaften heute unzureichend auf und ist ebenso ein Desiderat in der politischen Bildung –: Reichweiten, Chancen und Risiken, Möglichkeiten wie Verdikte für die Führung eines selbstbestimmten Lebens waren in der DDR nach deren systemeigenen Imperativen und nach nichts anderem ganz anders und sehr viel restriktiver und buchstäblich partiischer vorgegeben als in der Bundesrepublik. Man denke nur an die wesentlichen biographischen Zäsuren wie die Entscheidung über die Zulassung zum Studium, man denke auch daran, daß institutionalisierte gesellschaftliche Autonomien, für die in Deutschland historisch das Vereinsleben beispielhaft ist, im Sinne echter Autonomie in der DDR nahezu nicht möglich waren.

Zurück zum *Deutschland-Handbuch*, das noch 1989 von der Bundeszentrale für politische Bildung in einer Auflage von 50 000 Exemplaren vertrieben worden sein soll: Der damals zuständige Abteilungsleiter in der Bundeszentrale, Rüdiger Thomas, war

6 Rausch, Heinz: Einleitung. In: Ebd., S. 13–16, hier S. 15.

ein dezidiertes Anhänger der sogenannten systemimmanenten Schule. Er hatte eine besondere persönliche Neigung nicht zur systembezogenen Hardware, sondern zur kulturell-belletristischen Software. Thomas hatte sich selbst mit einer Gesamtdarstellung zur DDR, die immer auch den vergleichend-kritischen Bezug zur Bundesrepublik suchte, positioniert.⁷ Was auffiel und auffällt, ist der symmetrische Bezug auf die damals beiden Staaten in Deutschland: „Während in der DDR um den Preis einer beträchtlichen Einschränkung der individuellen Freiheit ein relativ hohes Maß an sozialer Gleichheit erreicht worden ist, hat sich in der BRD das Prinzip der Freiheit in der gesellschaftlichen Realität zwar weithin etablieren können, doch besteht zugleich ein unübersehbares Defizit an gesellschaftlicher Gleichheit und Solidarität. So sollten sich beide deutsche Staaten in einem positiven Verhältnis wechselseitig als Herausforderung begreifen.“⁸ Die Gleichgewichtigkeit der unterstellten jeweiligen Defizite in den beiden Staaten, wobei der Grundwert „Freiheit“ keinen Vorrang genießt, ist selbstverständlich nicht nur nicht mit unseren heutigen Erkenntnisständen, sondern auch mit denen der siebziger und achtziger Jahre unvereinbar. Hier wurde insbesondere fundamental die Dignität der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verkannt, und das aus dem Munde der damaligen nicht nur Fachwissenschaft, sondern auch politischen Bildung, an denkbar verantwortlicher staatlicher Stelle.

Inhaltliche Konsequenzen zeigen sich schon in der Einführung durch Werner Weidenfeld: Ausgehend von seinem in den achtziger Jahren grundlegenden Ansatz, die deutsche Frage möglichst zu europäisieren⁹, mit mittel- wie gegebenenfalls auch längerfristig zwei deutschen Staaten im Rahmen der europäischen Integration, schrieb er in der Einführung, so als könne man von gleichen Voraussetzungen nach innerer Struktur wie Situation in den jeweiligen Bündnissystemen ausgehen, beiden Staaten gleiche friedens- und integrationsbezogene Rollen zu: „Beide Staaten in Deutschland haben ihre europäischen Bindungen und Einordnungen konstruktiv wahrzunehmen. Ein kalkulierbarer, vertrauenswürdiger Partner zu sein – dies ist für die Bundesrepublik Deutschland wie für die DDR elementares Gut. Beide Staaten haben die historisch begründeten Sensibilitäten ihrer Nachbarn genau zu beachten. Zuverlässigkeit besitzt damit für beide Staaten einen außerordentlich hohen Stellenwert, ja prägt ihre jeweilige Staatsräson. Beide Staaten besitzen daher ein besonderes Interesse daran, ihre Politik als Integrationsbeitrag zu definieren und ihre Perspektiven mit dem Ziel ‚Europa‘ zu beschreiben¹⁰“.

Auch gewiß ohne denunziatorische oder im Nachhinein alles besser wissende Attitüde bleibt doch der Befund, daß sich das *Deutschland-Handbuch* in der Fassung von 1989 durch eine Fülle von ausgesprochenen wie stillschweigenden Annahmen auszeichnet, die den Diktaturcharakter des SED-Regimes bagatellisieren und – tendenziell – in so etwas wie eine sanfte Partei-Hegemonie uminterpretieren. Im Beitrag von Walter Süß: „Gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Organisationen in der DDR“¹¹, ist von einem wachsenden „Eigengewicht“ gesellschaftlicher Organisationen gegenüber

7 Thomas, Rüdiger: Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation. München 1972.

8 Ebd., S. 119.

9 Vgl. Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989. Stuttgart 1998, S. 401. Roos, Sören: Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in der deutschen Kritik zwischen 1982 und 1989. Berlin 1996, S. 284.

10 Weidenfeld, Werner: Deutschland 1989: Konturen im Rückblick auf 40 Jahre. In: Weidenfeld/Zimmermann: Deutschland-Handbuch, S. 13–31, hier S. 27.

11 Süß, Walter: Gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Organisation in der DDR. In: Ebd., S. 152–164, hier S. 159.

dem Komplex des „Partei-Staates“ die Rede; besonders aussagekräftig im angedeuteten Sinn ist der Beitrag von Gert-Joachim Glaeßner über den politischen Prozeß in der DDR. Hier heißt es: „Sozialistische Demokratie bedeutet in der Praxis Beteiligung der Bürger an der Durchführung und Konkretion der vorformulierten Politik im Rahmen der institutionalisierten Partizipationsformen. Diesen Rahmen bieten die SED selbst, die Parteien des ‚Demokratischen Blocks‘ (CDU, DBD, LDPD, NDPD), die wichtigsten in den Volksvertretungen mit eigenen Fraktionen vertretenen Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD, KB, VdgB) und die anderen, in der ‚Nationalen Front‘ zusammengeschlossenen Vereinigungen. Sozialistische Demokratie bedeutet also auch Teilnahme an Wahlen, an Mitarbeit in den Volksvertretungen, vor allem in ihren Ausschüssen und Kommissionen und die Mitwirkung und Mitbestimmung der ‚Werk-tätigen‘ am Arbeitsplatz.“¹² Ein Begriff wie der der „Wahl“ wird im Blick auf seine Tauglichkeit für den DDR-spezifischen kollektiven Akklamationsvorgang – „Zettelfalten“ – gar nicht problematisiert, sondern unbesehen aus seinem westlich-kompetitiven Sinn übernommen. Von arger Manipulation für die westdeutschen Studenten und Schüler vor zwei Jahrzehnten wird man hier schon sprechen müssen.

Ein Band wie der von Weidenfeld und Zimmermann ist zunächst ein Dokument jener zeitgeschichtlichen Annahmen und Strömungen, die als relevant für die politische Bildung galten und sie, quantitativ zweifellos dominierend, prägten. Zugleich muß gesehen werden, daß dieser Band bei einer großen Vielfalt skizzierter Sachgebiete durchaus reflektiert-profunder gestaltet war. Aber der Fokus lag hier eben auf den ideologisch bzw. ordnungspolitisch und damit strategisch entscheidenden Beiträgen.

Eine heute kritische Sicht muß nicht nur die damals kolportierten Daten, Präferenzen und Bewertungen freimütig hinterfragen. Sie muß vor allem auch fragen, wie es eigentlich weitergegangen ist, was sozusagen Kritik und was Selbstkritik anbelangt. Unbestritten haben sich Vertreter der sogenannten systemimmanenten Richtung durch die Ereignisse ab 1989/90 wie durch korrigierende Forschungsleistungen zu teilweise beachtlichen Neubewertungen veranlaßt gesehen.¹³ Das gilt aber offenkundig besonders wenig für die Reflexionen in der politischen Bildung. Beispielhaft soll auf einen Beitrag von Dirk Hansen in dem etwas vollmundig betitelten Sammelband *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung* verwiesen werden.¹⁴ Die Charakterisierung als vollmundig geht auf den Umstand zurück, daß es sich hier um einen im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erschienenen – quasi öffentlichen – Sammelband handelt, der es vermeidet bzw. vermieden hat, die relevanten, mit der Thematik befaßten Einrichtungen einigermaßen ausgewogen einzubeziehen. Das gilt etwa für die Lehrstühle in den neuen Ländern, die sich insbesondere mit regionalen Fragen zur DDR-Geschichte befassen und dazu vielerlei Forschungen initiiert haben, für den Forschungsverbund SED-Staat und das Institut für Zeitgeschichte. Der Beitrag, der hier

12 Glaeßner, Gert-Joachim: Der politische Prozeß in der DDR. In: Ebd.; S. 509–531, hier S. 515.

13 Für eine differenzierende, gerade Glaeßner gegenüber weiterhin sehr kritische Abwägung. Jesse, Eckhard: Die DDR-Forschung vor und nach der ‚Wende‘ 1989/90. In: Ders. (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen. Baden-Baden 2008, S. 424–448, ursprünglich: Materialien der Enquete-Kommission, „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. IV/2 Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999, S. 1191–1221.

14 Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. von Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich, Paderborn u.a. 2003. Hier: Hansen, Dirk: Politische Bildung und DDR-Geschichte, S. 407–412.

im Mittelpunkt steht, stammt von Dirk Hansen, als Mitglied des Bundestages von 1990 bis 1994 Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung, von 1996 bis 2000 dann Vizepräsident der Einrichtung selbst. Der Beitrag hätte somit die Chance zu einer kompetenten Selbstreflexion nicht nur über die Bundeszentrale für politische Bildung, sondern auch über die staatliche politische Bildung im Bereich der alten Bundesrepublik wie ihre Anfänge in den neuen Ländern ab 1990 insgesamt geboten. Leider ist diese Chance nicht genutzt worden. Es fehlen qualitative Bewertungen, wann welche wissenschaftlichen, medialen und politischen Trends und – soweit ermittelbar – welche Fragestellungen mit welchen Konsequenzen das in der politischen Bildung vermittelte Bild von der DDR bestimmten. Warum, so ist zu fragen, ist hier die von Rüdiger Thomas vertretene Richtung im Rückblick ganz ausgespart? Betonen muß man freilich, daß das hier konstatierte Defizit analog ebenso auch für die staatliche politische Bildung auf Länderebene gilt. Wir verfügen zwar mittlerweile über eine Vielzahl an Informationen zur Dichte und zum Umfang der Befassung mit der DDR an den Universitäten, zu den einschlägigen Bezügen in den Lehrplänen an den Schulen und auch – dazu gleich mehr – zu den Kenntnissen der jungen Menschen selbst. Was wir aber nicht haben, und hier liegt ein zentrales aufklärerisches Desiderat, ist eine kritische Aufarbeitung der politischen Bildung selbst hinsichtlich ihrer jeweiligen Kenntnisvermittlungen, Annahmen und Urteilsbildungen. Eine solche, in sich vermutlich durchaus kontroverse Befassung wäre ja nicht nur von (zeit-)geschichtlichem Interesse. Sie könnte und sollte auch Aufschlüsse darüber liefern, wie kritisch und selbstkritisch eigentlich mit politischen Ideologien und Regimes umgegangen werden kann und soll, welchen Faktoren der Primat bei der Vermittlung zukommt und wie offiziell oder offiziös verbreitete Informationen – und damit auch weiße Flecken wie Repressionsapparate – mit welchen Methodiken aufzubereiten wären.

Was Stand und Entwicklung der politisch-historischen Bildung zum Thema DDR in den vergangenen zwei Jahrzehnten anbelangt, sind zunächst einige Kategorisierungen vorzunehmen, die auch das geläufige Bild „neue Länder versus alte Länder“ mindestens differenzieren:

- Zum einen ist, ausgehend von der jeweiligen geographischen Lage, schlicht zu konstatieren, daß es einen Unterschied macht, ob eines der sogenannten alten Länder Anrainer der früheren Zonengrenze bzw. innerdeutschen Grenze war oder nicht; das führt einmal, abgesehen von der größeren „Nähe“ zum Thema, dazu, daß es im Gedenkstätten- und Dokumentationsbereich auf partiell auch gewissermaßen westdeutschem Boden authentische Orte gibt, welche von der Härte der Teilung und den mit ihr verbundenen menschlichen Tragödien wie politisch-militärischen Gefahrenlagen unmittelbar Zeugnis geben. Ich verweise auf Mödlareuth an der bayerisch-thüringischen Grenze, das „Klein-Berlin“, oder, an der Grenze zwischen Thüringen und Hessen, unweit Fuldas, auf „Point Alpha“, wo der Kalte Krieg als potentieller Großmächtekonflikt seinen dokumentarischen Niederschlag findet.

Da in der Geschichtsdidaktik, ausgehend wohl in erster Linie von der Konjunktur der Oral History in den achtziger Jahren, der Gesamtkomplex von Dokumentations-einrichtungen, Gedenkstätten und Zeitzeugen seit knapp zwei Jahrzehnten eine außerordentliche Aufwertung erfährt, als gewissermaßen erstrangiges empathisches Angebot zur Vermittlung von Zeitgeschichte, darunter insbesondere Diktaturgeschichte, kommt dieser Kategorisierung eine beachtliche Rolle zu. Tendenziell

wird man zudem für die letzten Jahrzehnte und bis in die Gegenwart konstatieren können, daß eine wachsende geographische Entfernung zur Grenzsituation auch zu einem Abnehmen des Interesses für das Thema DDR im inhaltlichen Gesamtspektrum der politischen-historischen Bildung geführt hat und führt. Nordrhein-Westfalen wäre hierfür grundsätzlich in Abgrenzung zu Hessen und Bayern zu nennen.

- Und schließlich muß man schon für die alte Bundesrepublik sehen, daß sich Zuwendung und Prioritätensetzung auf Länderebene natürlich auch nach parteipolitisch gegebenen Regierungskonstellationen sortierten. Ein sogenanntes „A“-Land, also ein Bundesland, das in seiner Regierungskonstellation farbengleich ursprünglich mit der sozialliberalen Regierung von 1969 bis 1982 war, gab in seiner Lehrplangestaltung wie in der Realität seines Sozialkunde- und Geschichtsunterrichts natürlich andere Vorgaben als ein „B“-Land, das, wie etwa Bayern, jedenfalls zunächst der Brandtschen Entspannungspolitik eher skeptisch gegenüberstand und natürlich im Unterricht und in der politischen Bildung seine eigenen Festlegungen vermittelt sehen wollte. Dies betraf im konkreten Fall beispielsweise die Positionen der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht von 1973 gegen den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Derlei Differenzierungen und Kontrastierungen spiegeln sich etwa auch im Beschluß der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1978 über die Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht. Hier setzten sich inhaltlich weitgehend die unionsregierten Länder durch, was allerdings auch zur Folge hatte, daß der Beschluß hinsichtlich seiner Kernpositionen wenig einheitliche Akzeptanz fand.

- Ein Sonderfall ist naturgemäß Berlin und damit mittelbar gewiß auch das wie eine Halskrause die deutsche Hauptstadt umgebende Land Brandenburg. So reizvoll es wäre, hier auf die inhaltlichen, methodischen wie geschichtspolitischen Kontroversen um die noch von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ einzugehen, landläufig als „Sabrow-Kommission“ bezeichnet, die dann ihre Empfehlungen im Zeichen eines unionsgeführten Bundeskanzleramtes im Mai 2006 präsentierte – ich denke, daß die einschlägigen inhaltlichen Kontroversen mittlerweile ausgetragen sind –, so sehr möchte ich in diesem Zusammenhang auf einen topographischen Sachverhalt aufmerksam machen: Die Empfehlungen wie auch vielerlei Einlassungen der Gegner beziehen sich je in einem Übermaß auf die historischen Orte und die Gesamtsemantik der Hauptstadt Berlin. Eine dazu kritische Position mag gerade im Jubiläumsjahr „Fünfzig Jahre Bau der Mauer“ unerwartet und begründungsfähig anmuten. Ich glaube hingegen, daß wir ein intellektuell wie buchstäblich sinnlich plausibles Spannungsverhältnis brauchen zwischen den Relikten der SED-Diktatur und der Konfrontation des Kalten Krieges am Ort Berlin einerseits und den Wirkungen der SED-Diktatur wie der deutschen Teilung in der Fläche des Föderalstaates andererseits. Hier geht es einmal um das erwähnte, über 1 300 Kilometer lange Grenzregime. Es geht aber auch um die topographische Vielfalt der Präsenz der Diktatur wie der Präsenz von Resistenz und schließlich der sogenannten friedlichen Revolution, die im Herbst 1989 von Orten wie Plauen im südwestlichen Sachsen ihren Ausgang nahm. Und es geht schließlich um die Wiederherstellung der im Blick auf die deutsche Geschichte gewissermaßen paßge-

neuen Föderalstruktur im Gegensatz zum hierarchischen demokratischen Zentralismus, der in der Bezirksstruktur der DDR seinen unitarischen Niederschlag gefunden hatte.

- Ein ganz anderer Punkt ist die Frage nach den für die staatliche politische Bildung jeweils relevanten politischen Konstellationen. Diese Frage auszublenden, wäre blauäugig oder würde geradezu manipulativ tatsächliche Ausgangsbedingungen leugnen wollen. Im übrigen bedeutet der Reflex auf politische Konstellationen keineswegs Parteilichkeit in einem dezidiert parteipolitischen Sinne. Es geht, bei aller Wahrung von Pluralität, vielmehr um den Bezug auf jeweils gegebene politisch-kulturelle Gravitationsfelder. Und naturgemäß spielt hier die Bandbreite des in den Landesparlamenten versammelten Parteiensystems eine erkennbare Rolle. Dies vorausgesetzt, spielt die Partei „Die Linke“ in den sogenannten alten Ländern nur eine relativ marginale Rolle, sieht man, quantitativ, vom Saarland ab. In Regierungsverantwortung steht sie hier nirgends, in einer spezifischen mittelbaren Beteiligung in Nordrhein-Westfalen. In den neuen Ländern hingegen ist sie überall gesetzter Standardfaktor in den Landesparlamenten mit mehrfacher unmittelbarer Beteiligung auf Regierungsebene. Sie ist damit, ob gewünscht oder nicht, in die Lage versetzt, auf die Entwicklung der staatlichen politischen Bildung über parlamentarische Beiräte, über Kommunikation in Kabinetten usw. Einfluß zu nehmen und damit in die staatliche politische Bildung, mehr oder weniger wirkungsmächtig, auch ihre eigenen geschichtspolitischen Positionen hineinzuprojizieren. Hinzu kommt nach meiner Beobachtung auch eine Art vorauseilender Gehorsam bzw. eine Schere im Kopf, insbesondere bei der Negierung bzw. Ausblendung des Themas Linksextremismus. Hier gibt es in der Tat einen deutlichen, vielleicht sogar wachsenden Unterschied zwischen neuen und alten Ländern, bzw. je nach der parteipolitischen Regierungskonstellation, der nicht bagatellisiert werden darf. Daraus resultieren nicht selten Konsequenzen für die Auswahl von Inhalten, für Wertungsfragen und die gewählten Begrifflichkeiten, mit dem sogenannten Antifaschismus in SBZ/DDR-Tradierung beginnend.

- Im Zusammenhang damit steht auch die Frage nach der Auswahl der konkreten Partner. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kooperiert zum Beispiel mit keiner der den jeweiligen Parteien nahestehenden Stiftungen, zum einen – das sei hier mit allem Freimut bekannt –, weil wir ansonsten auf die Fragestellung Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung keine tragfähig-entschiedene Antwort wüßten. Und diesen Partner möchten wir eben nicht. Zum anderen gilt hier aber auch, daß wir uns bei solchen Kooperationsstrukturen unweigerlich mit Bewertungs- und Proporzthemen bzw. einschlägigen Nachfragen konfrontiert sähen, die dazu führen könnten, daß der gute Leumund parteipolitischer Neutralität der staatlichen politischen Bildung, jedenfalls nach unserem Verständnis, in Frage gestellt werden könnte. Ich weiß wohl, daß die Zentralen für politische Bildung hier sehr unterschiedlich verfahren; die Bundeszentrale führt durchaus Kooperationsveranstaltungen mit den Parteien nahestehenden Stiftungen durch. Das sei hier auch gar nicht kritisiert, sondern lediglich die eigene Linie dargestellt und begründet.

- Auch als Konsequenz der Befunde von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder über DDR-Kenntnisse und -Bilder von Schülerinnen und Schülern im innerdeutschen Vergleich¹⁵ hat in den letzten Jahren die Zuwendung zum Komplex der Dokumentationseinrichtungen, Gedenkstätten und Zeitzeugenbefunde eine enorme Aufwertung erfahren. Es zeichnet sich auch bereits ab, daß davon positive Wirkungen ausgehen, ohne daß dies hier im Detail empirisch dargestellt werden könnte. Grundsätzlich wird man sagen können, daß Zeitzeugen und der Besuch von Gedenkstätten, auch wenn es auf der Darstellungsebene ganz sachlich um die (vermeintliche) Schilderung seinerzeitiger technischer und administrativer Abläufe geht, primär eine emotionale Komponente ansprechen, während auch der medial gestützte Unterricht zur Vermittlung von Gesamtzusammenhängen unter Einordnung bestimmter Phänomene dient. Insofern geht es bzw. sollte es bei der Vermittlung des Gesamtthemas DDR künftig insbesondere um ein korrespondierendes Verhältnis zwischen eher kognitiven und eher emotionalen Faktoren gehen.

Die schon angedeuteten, Faktenkenntnisse zugrunde legenden, vor drei Jahren publizierten Befunde von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder haben hohe Wellen geschlagen, nicht nur in der wissenschaftlichen wie publizistischen, sondern auch in der unmittelbar politischen Auseinandersetzung. Sie hatten zunächst insofern gegen den Strich gebürstet, als sie die in den letzten Jahren vielfach modischen kulturalistischen Betrachtungsweisen auch im Blick auf die ‚alte‘ Bundesrepublik¹⁶ für sekundär hielten und zugleich mit allem Freimut auf das Wirken und Weiterwirken von kommunikativen Milieus im Familien- und Schulbereich der neuen Länder hinwiesen – im Sinne von Verdrängungen und Verbrämungen. Grundsätzlich gilt, daß verlorene Kriege wie vergangene Regimes immer wieder zu verklärenden Nostalgien einladen, ob nach dem amerikanischen Bürgerkrieg feudalen Zeiten nachtrauernde Südstaatler, ob – qua Dolchstoßlegende – in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, so auch im Falle der DDR. Schuld wird von der Vergangenheit auf die Gegenwart projiziert. Wie einst den Exponenten der Weimarer Republik statt der Führung des kaiserlichen Deutschlands die Schuld für die Niederlage 1918 zugeschoben wurde, wird heute statt auf die DDR lieber auf das wiedervereinigte Deutschland geschimpft. Derlei herbeimanipulierte Erblasten sind prekär und gefährlich.

Gern wurden die Befunde der Schroeders als platt oder vordergründig abgetan, weil die Autoren eine Korrelation hergestellt hatten, die den herrschenden Trends in den Sozialwissenschaften offenkundig denkbar unbequem war und ist, nämlich die schlichte Korrelation zwischen der Kenntnis von Fakten und Zusammenhängen und der Kompetenz zur Bewertung. Insofern lautete ein wesentliches Resümee der beiden Schroeders: „Etwa zwei Drittel in den drei westlichen Regionen [untersuchte Bundesländer; P. M.] erkennen den Diktaturcharakter des SED-Staates, aber nicht einmal jeder zweite in den beiden östlichen, das heißt eine absolute Mehrheit der Brandenburger und Ost-Berliner und immerhin ein Drittel der westdeutschen Schüler, bezeichnen die DDR nicht ausdrücklich als eine Diktatur. Offensichtlich sind viele Jugendliche – vor allem Haupt- und Gesamtschüler – nicht in der Lage, eine klare Trennlinie zwi-

15 Deutz-Schroeder, Monika/ Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. Stamsried 2008

16 Vgl. Raithe, Thomas/Rödter, Andreas/Wirsching, Andreas (Hrsg): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. Schriftenreihe Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. München 2009.

schen Demokratie und Diktatur zu ziehen, sodass dieses Ergebnis nicht zuletzt aus dem mangelhaften Wissen vieler Schüler im Zusammenhang von Demokratie und freien Wahlen resultiert.“¹⁷

Auffallend mutet in der Weiterführung zudem an: Die Einordnung der DDR in den gesamten Kontext deutscher und europäischer Geschichte scheint vielfach nicht gegeben. Wie sonst wäre es auch möglich, daß – auf einer durchaus platten Ebene – die Namen zentraler Akteure der Geschichte der alten Bundesrepublik fälschlich mit der DDR-Geschichte assoziiert werden. Dazu eine knappe Bemerkung: Diktaturgeschichte hat ohne Demokratiegeschichte keinen Sinn. Diktaturgeschichte braucht den Kontrast mit der Referenzebene Demokratiegeschichte, sonst werden ihre undemokratischen und inhumanen Wesensmerkmale nicht wirklich faßbar. Ich fürchte, daß das sowohl im schulischen Unterricht als auch in der politischen Bildung nicht hinreichende Berücksichtigung findet. Oft erscheint Diktaturgeschichte wie „ein Ding an sich“, spektakulär mit ihren absoluten Ideologien, mit ihren Unterdrückungs- und Verfolgungsgeschichten. Die Demokratie tut sich dagegen schwerer: Ihre Fallhöhen sind geringer, sie wird, einmal präsent, weder revolutionär und dramatisch etabliert, noch revolutionär beseitigt. Sie zeigt, wie in komplizierten Mechanismen und Mehr-Ebenen-Systemen Akteure komplexe Verfahrenswege einschlagen und am Ende Kompromisse schließen müssen, um zu Ergebnissen zu gelangen, die dann weder ideal gut noch ideal böse sind. Vor diesem Hintergrund ist evident, daß die konkrete Referenzebene, um die es eigentlich gehen müßte, nämlich die Geschichte der alten Bundesrepublik wie auch die des wiedervereinigten Deutschlands, relativ wenig präsent ist.

Man könnte es auch einfach so zusammenfassen: Wer von der DDR redet, darf von der Bundesrepublik nicht schweigen.

Ich glaube ferner, daß wir in allen einschlägigen geschichtspolitischen Lagern, insbesondere, was die Geschichte der kommunistischen Diktaturen wie deren Auflösung und Überwindung anbelangt, einem verengten nationalen Geschichtsbild anhängen. Das scheint mir auch mit dem wohl etwas mantra-artig proklamierten Begriff der friedlichen Revolution einherzugehen.

Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone, der DDR und deren revolutionärer Überwindung sollte nicht nur im Kontext deutscher Nationalgeschichte vermittelt werden – etwa im Blick auf Symmetrien und Asymmetrien wie Interaktionen der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989/90. Wichtiger scheint mir die Einordnung in den Gesamtkontext des zwanzigsten Jahrhunderts vor allem auf europäischem Boden, in die säkulare Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, welche nicht einfach nur repressiv war, sondern sich pseudo-religiöser Heilslehren bediente, die auf die mehr oder weniger vollständige Instrumentalisierung der individuellen menschlichen Existenz und deren Würde abstellten.¹⁸ Bei allen Unterschieden zwischen dem Lenin der frühen zwanziger, dem Stalin der dreißiger und dem Honecker der siebziger und achtziger Jahre liegt hier jedenfalls das zentrale verbindende Element.

Wie die Untersuchung von Deutz-Schroeder und Schroeder gezeigt hat, kann die Bedeutung vielfach profan anmutender Faktenkenntnis gar nicht hoch genug eingeschätzt

¹⁷ Deutz-Schroeder/Schroeder: Soziales Paradies, S. 596.

¹⁸ Grundsätzlich Bracher, Karl Dietrich: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1982.

werden. Wer weiterhin, mehr oder weniger umfassend, dem Narrativ einer antikapitalistisch-fürsorglichen, kuscheligen DDR anhängt, wird sich vielfach schwerlich vorstellen können, daß dieser Staat die natürlichen Lebensgrundlagen in viel höherem Maße vereinnahmte, veruntreute und vergiftete als die vermeintlich kalt-kapitalistische Bundesrepublik, in der angeblich allein die sogenannten Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmten. Das betraf ganz konkret etwa die Kontaminierung von Gewässern wie der Werra mit ihrer Versalzung, aber auch Emissionen in die Luft, insbesondere im Zusammenhang mit mehr oder weniger ungefilterter Braunkohleverstromung auf absolutem Weltniveau. In diesen Zusammenhang gehört auch die Perpetuierung der Todesstrafe in der DDR bis 1987, welche die Befragten vielfach der Bundesrepublik unterstellten.

Die Vermittlung von Zeitgeschichte über die politische Bildung darf sich nicht anheischig machen, für ihre Botschaften und Diskurse übermäßige Zeiträume und Aufmerksamkeiten beanspruchen zu wollen. Dafür ist der Markt der Themen, der Novitäten insgesamt zu überbesetzt, dafür ist die Vielfalt medialer Vermittlungsangebote wie von Kommunikationsformen zu breit angelegt. Es geht also um das Wesentliche. Dies sollte sein:

- Die Fähigkeit zur Einordnung der namhaften strukturellen, chronologischen und ideologischen Erscheinungen und Prozesse,
- Auf dieser Grundlage sollte die Erziehung zu einer Urteilsbildung stattfinden, für die Zeitgeschichte wesentliches Material liefert.
- Urteilsbildung heißt daher nicht nur rationales Abwägen wie etwa das Überdenken von früheren Konstellationen, sondern auch die Ausrichtung nach einer normativen, unbestreitbar auch moralischen Kompaßnadel. Es bewegt sich eben nicht alles in Grauzonen ohne wesentliche, kategoriale Unterschiede. Eine mäßig funktionierende, freiheitlich-demokratische Grundordnung ist stets und prinzipiell einer ja nur äußerlich effektiv anmutenden Diktatur nicht nur aus tatsächlichen Effizienzgründen vorzuziehen, sondern aus fundamentalen Gründen der Menschenwürde und der Inhabung von Freiheit.
- Jegliche Didaktik der politischen Bildung und der Zeitgeschichtsvermittlung muß sich stets selbstkritisch daraufhin prüfen, ob ihre Methodiken nicht zu Vehikeln partieller Rehabilitierung werden. Das Nachkochen von Soljankas auch auf westdeutschem Boden, um etwa ein Stück kalorienreicher Lebenskultur der DDR zu vermitteln, mag vielleicht einen gewissen Charme haben. Aber dieser Charme ist, wenn von der Suppe nostalgische Wirkung ausgeht, schal. Vor allem aber darf nicht einem Grundgefühl Vorschub geleistet werden, schließlich sei überall nahrhaft gekocht worden und alles verdiene das freundliche Abendlicht nostalgischer Verklärung, ja Versöhnung. Es geht um Aufklärung, nicht um Nostalgien.